

A1 Lehren aus der Kommunalwahl sind Weichen für die Zukunft: Impuls für eine neue KV-Struktur

Antragsteller*in: Barbara Klein-Braun (KV Saarbrücken)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge

Antragstext

1 Im Juli 2024 äußerte sich der Soziologe Andreas Reckwitz über den Einbruch der
2 Grünen bei den Europawahlen folgendermaßen: „Die Grünen können sich auf ihre
3 Stammwählerschaft in der neuen Mittelklasse in den Metropolregionen ... verlassen.
4 Aber im kleinstädtisch-ländlichen Bereich sind sie so schwach wie vorher. (...)
5 Die Grünen sind mit linksliberalen Milieus verbunden, die schwerpunktmäßig in
6 den großen Städten leben.“ (Süddeutsche Zeitung Nr. 153, S. 13)

7 Diese Beurteilung zeigt sich eindrucksvoll an den Wahlergebnissen der
8 Kommunalwahlen im Regionalverband. Während die Grünen in Saarbrücken ein
9 zufriedenstellendes Ergebnis vorweisen können, verlieren sie in den
10 Umlandkommunen viele Wähler*innen. Gleichzeitig zeigt sich dort ein starker
11 Anstieg der AFD. Sogar innerhalb von Saarbrücken kann dieses Wahlverhalten
12 beobachtet werden (Saarbrücken West).

13 In vielen Regionalverbandskommunen haben die Grünen erheblich an Stimmen
14 verloren. Inzwischen gibt es einige Kommunen, in denen nur noch ein grünes
15 Mitglied im Rat vertreten ist. Obwohl sie sich 5 Jahre lang konstruktiv in die
16 Ratsarbeit eingebracht haben, wurde die kommunale Arbeit von den Wählerinnen und
17 Wählern nicht wertgeschätzt. Auf OV-Ebene sinkt die Motivation für aktives
18 Engagement erheblich. Da aber die Mitgliederzahl der kommunalen OVs im Umland im
19 Gegensatz zum städtischen Milieu äußerst gering ist, stehen die verbliebenen
20 aktiven Mitglieder unter erheblichen Belastungen.

21 Auch die Problemlagen in den Umlandkommunen sind andere als im städtischen
22 Bereich. Ein wichtiger Faktor spielt der demografische Wandel. Dieser trifft
23 zwar auch die Stadt Saarbrücken, da in den Umlandkommunen eine deutliche
24 Abwanderung junger Menschen zu verzeichnen ist, leiden diese aber stärker
25 darunter. Viele Kommunen halten ihre Einwohnerzahl nur durch Migration, was
26 zusätzlich zur Belastung führt. Die Einwohner*innen haben das Gefühl abgehängt
27 zu sein. Als sog. „ordentlicher und pflichtbewusster Bürger“ habe man immer
28 gearbeitet und damit einen Beitrag zum Gemeinwohl geleistet. Jetzt aber sei man
29 mit einem befremdlichen Ortsbild konfrontiert, mit zurückgehender
30 Dienstleistung, Leerständen, Vermüllung, - so das Narrativ. Neueste
31 soziologische Studien zeigen, dass es gerade die Älteren sind, die sich betrogen
32 fühlen.

33 Um uns auf die spezifischen Bedürfnisse der Menschen in den Umlandkommunen
34 konzentrieren zu können, fordern wir den Kreisvorstand dazu auf, strukturell
35 Maßnahmen zu ergreifen, die dem entgegenwirken.

36 Unsere Vorschläge dazu:

- 37 • Eine Umfrage unter den OV's der Umlandkommunen durchführen, ob im
38 Kreisverband (im Hinblick auf zukünftige Wahlen) eine Trennung von Stadt
39 Saarbrücken und den Städten und Gemeinden im Umland angestrebt werden

- 40 soll, um damit einen gezielteren Fokus bei den Wählerinnen und Wählern auf
41 die Arbeit der Grünen in den Kommunen zu erreichen.
- 42 • Eine Aufnahme der OV's in den Kreisvorstand durch ein Beisitzer- oder
43 Ausschusssystem
 - 44 • Regelmäßige gemeinsame Sitzungen in den Umlandkommunen mit
45 Presseankündigungen
 - 46 • Planung von öffentlichen Veranstaltungen bzw. Aktionen unterschiedlicher
47 Art in Zusammenarbeit mit den OV's
 - 48 • Ricarda Lang sagte im Sommerinterview: „Wir müssen den Menschen zuhören“.
49 Dazu braucht es Begegnungsmöglichkeiten (vor Ort)
- 50 Diese Problematik erscheint uns so wichtig, dass wir sie als Antrag für die KMV
51 am 30.08.2024 stellen.

A2 Rückenwind für Windkraft

Antragsteller*in: Barbara Klein-Braun (KV Saarbrücken)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge

Antragstext

1 Die saarländische Landesregierung hat (fast) allen saarländischen Kommunen
2 Flächen zugewiesen, auf denen Windräder entstehen sollen. Das trifft auch auf
3 die meisten Kommunen im Regionalverband zu. Bereits nach den ersten Meldungen
4 über den Bau von solchen Anlagen regte sich in der Bevölkerung Widerstand
5 dagegen.

6 Daher beantragt der OV Sulzbach, dass der KV (oder die grüne Fraktion im RV) ein
7 Veranstaltungsformat zum Thema Windkraft entwickelt mit dem Ziel, die Windkraft
8 offensiv und positiv zu bewerben.

9 Den Gegnern muss frühzeitig der Wind aus den Segeln genommen werden. Eine
10 positive Einstellung zur Windkraft durch eine Veranstaltung mit Expert*innen zu
11 erreichen, sollte das Ziel grüner Kommunikationsstrategie sein. Die Grünen in
12 den einzelnen Kommunen sollten auf die Menschen zugehen, ihre Ängste ernstnehmen
13 und darüber reden. Die zwingende Notwendigkeit von Transformationsmaßnahmen muss
14 erklärt und erläutert werden, sodass die Bereitschaft zum Umdenken wächst.

A3 „Saarbrücker Finanzamt – Erhalten statt abreißen!“

Antragsteller*in: Kajo Breuer

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge

Antragstext

1 Saarländische Landesregierung mißachtet Denkmalschutz, Klimaschutz und
2 Bürgerbeteiligung

3 Wie schon vielfach berichtet plant die Landesregierung den Abriss des
4 denkmalgeschützten ehemaligen Finanzamts-Gebäudes in Saarbrücken. Sie zeigt
5 dabei einen völlig verantwortungslosen Umgang mit dem städtebaulichen Erbe,
6 missachtet alle Belange des Klimaschutzes und setzt eigene Interessen in einem
7 intransparenten Verfahren rücksichtslos durch. Sie übergeht dabei die Bedenken
8 diverser Fachverbände und verursacht einen nachhaltigen Schaden für die
9 politische Kultur im Lande.

10 Der Gebäudebereich ist für fast 40 % der Treibhausgasemissionen, für ca. 55 %
11 des Abfallaufkommens und für 90 % des Rohstoffbedarfs in Deutschland
12 verantwortlich. Ein wesentlicher Teil der Klimagase entsteht nicht im Betrieb,
13 sondern bei der Herstellung von Gebäuden und Baustoffen. Darum ist es zum Schutz
14 des Klimas unbedingt geboten, möglichst wenig neu zu bauen und stattdessen den
15 Gebäudebestand zu erhalten, zu sanieren und möglichst lange weiter zu nutzen.
16 Durch den Abriss des Finanzamtsgebäudes würde die darin gebundene graue Energie
17 unwiederbringlich verloren gehen. Ein Neubau würde so viele Treibhausgase
18 freisetzen wie der Jahresverbrauch an Heizöl von über 1.400 Einfamilienhäusern.

19 Im saarländischen Klimaschutzgesetz wird den öffentlichen Stellen im Hinblick
20 auf die Verbesserung des Klimaschutzes eine allgemeine Vorbildfunktion
21 zugewiesen (§ 10). Die Landesregierung hat sich darin zur Schonung natürlicher
22 Ressourcen verpflichtet. Die Abrisspläne fürs Finanzamt konterkarieren diese
23 klimapolitischen Ziele. Dies kann nicht im Interesse der Öffentlichkeit sein.

24 Zur Begründung ihrer Abrisspläne weist die Landesregierung u.a. auf eine
25 angeblich marode Bausubstanz und hohe Sanierungskosten hin. Die Landesregierung
26 hat dieses Gebäude wie auch andere Baudenkmäler in den vergangenen Jahren völlig
27 vernachlässigt; sie hat mithin den angeblich maroden Zustand, den sie nun
28 beklagt, selbst verursacht. Das saarländische Denkmalschutzgesetz schließt in §5
29 Absatz (1) eine solche Begründung für die Aussetzung des Denkmalschutzes und den
30 Rückbau von öffentlichen Gebäuden ausdrücklich aus. Zudem wurden entsprechende
31 Belege weder dem Denkmalamt noch dem Landesdenkmalrat vorgelegt.

32 Als Kern-Argument zur Begründung einer Abrissgenehmigung führt die
33 Landesregierung immer wieder die „Schaffung einer erheblichen Anzahl qualitativ
34 hochwertiger Büro-Arbeitsplätze“ ins Feld. Dieses „öffentliche Interesse“ wiege
35 schwerer als der Denkmalschutz, und sei nur mit einem Abriss umsetzbar. Bei
36 unserer Podiums-diskussion mit Experten der HTW und des Denkmalschutzes im
37 Rahmen der Sommerstrassen wurde deutlich, dass die Herstellung hochwertiger
38 Büroarbeitsplätze auch in dem bestehenden Gebäude unter Berücksichtigung des
39 Denkmalschutzes kein Problem wäre. Und wenn bisher kein Investor ein
40 entsprechendes Interesse bekundet hätte, dürfte das eher daran liegen, dass es
41 bisher keingeordnetes Verfahren mit dem Ziel der Weiternutzung gab.

42 Alle von der Landesregierung für einen Abriss des Gebäudes genannten Argumente
43 erwiesen sich bei genauerer Betrachtung als nicht tragfähig.

44 Wir Grüne sind nicht gewillt, diese Situation hinzunehmen.

- 45 • Die KMV stellt fest, dass die von der Landesregierung ausgeübte
46 Vorgehensweise hinsichtlich des Saarbrücker Finanzamtes geeignet ist, das
47 Vertrauen in das Handeln und die Haltung der Landesregierung zu zerstören.
48 Wer Gutachten, auf die sich der Ministerrat in seinen Entscheidungen
49 angeblich stützt, nicht der Öffentlichkeit zugänglich macht, muss damit
50 rechnen, dass er der Unwahrheit seiner Behauptungen bezichtigt wird.
- 51 • Die KMV stellt fest, dass es unredlich ist, dem Landesdenkmalrat eine
52 Entscheidung in dieser Sache abzuverlangen, ihm aber die Informationen
53 vorzuenthalten, die dieser benötigt, um überhaupt eine Entscheidung zu
54 treffen. Dieses Vorgehen dient der Landesregierung lediglich dazu, eine
55 formale Rechtfertigung zu konstruieren, um mit Hilfe des
56 Bildungsministeriums als - nur dem Namen nach - oberste
57 Landesdenkmalschutzbehörde sich einen genehmen Beschluss zu sichern, der
58 den Abriss des Finanzamtes zum Ziel hat.
- 59 • Die KMV stellt fest, dass dieses Vorgehen der Landesregierung den
60 Denkmalschutz im Saarland grundsätzlich in Frage stellt. Wenn die
61 Landesregierung ihre Haltung nicht korrigiert, wird niemand mehr auf den
62 tatsächlichen Schutz eines unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes
63 vertrauen können, hat die Regierung doch Sinn und Inhalt des
64 Denkmalschutzes beim Finanzamt für „nicht entscheidungsrelevant“ erklärt.
65 Diese Herangehensweise, davon wird man ausgehen müssen, wird nun im
66 Grundsatz für alle denkmalgeschützten Objekte gelten. Damit ist staatlicher
67 Willkür bei den Entscheidungen Tür und Tor geöffnet.
- 68 • Die KMV fordert die Landesregierung auf, ihren in der Sache des
69 Finanzamtes praktizierten autoritären Führungsstil aufzugeben.
- 70 • Die KMV fordert die Landesregierung auf, ein Moratorium zu verfügen, das
71 der Gesellschaft und der Öffentlichkeit Zeit und Gelegenheit gibt, alle
72 das Saarbrücker Finanzamt betreffenden Fragen ergebnisoffen zu
73 diskutieren.
- 74 • Die KMV fordert den Kreisvorstand auf, alle rechtlichen Möglichkeiten zu
75 prüfen, insbesondere mit Hilfe des Saarländischen
76 Informationsfreiheitsgesetzes von der Landesregierung die Herausgabe aller
77 wesentlichen Unterlagen wie zum Beispiel das Gutachten zur Statik des
78 Gebäudes zu erzwingen.
- 79 • Die KMV fordert die Landeshauptstadt auf, endlich ihrer Verantwortung in
80 dieser Frage gerecht zu werden und dafür Sorge zu tragen, dass durch das
81 Land ein ordentliches Verfahren praktiziert wird, um neben der Verwaltung
82 und dem Stadtrat auch die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich eine
83 eigene Meinung zu bilden. Das Beispiel der Erweiterung der Modernen

- 84 Galerie zeigt, dass die Landeshauptstadt durch Untätigkeit sich nicht wird
85 der Verantwortung entledigen können.
- 86 • Die KMV fordert die Landesregierung auf, das saarländische
87 Klimaschutzgesetz ernst zu nehmen mit der Konsequenz, den Gebäudebestand
88 möglichst zu erhalten, zu sanieren und möglichst lange weiterzunutzen.
 - 89 • Die KMV unterstützt die Petition „Altes Finanzamt Saarbrücken erhalten –
90 Stoppt den Abriss!“ diverser Verbände aus dem Denkmal- und Umweltschutz
91 und fordert alle, denen eine nachhaltige Baukultur, Klimaschutz und ein
92 demokratisches Miteinander am Herzen liegen, dazu auf, diese zu
93 unterschreiben.

Begründung

Die in der laufenden Woche erfolgten Medien-Berichte über die Breitz-Affäre haben neue Aspekte zutage treten lassen, die auch für die Auseinandersetzung um den drohenden Abriss des denkmalgeschützten Saarbrücker Finanzamtes von Belang sein können. Sie rechtfertigen von daher, das Thema in Form eines Initiativantrages auf der Kreismitgliederversammlung zu befassen.